

Esslinger Zeitung

ESSLINGER KREISZEITUNG · PLOCHINGER ZEITUNG

153. Jahrgang | Nr. 271 | Woche 47 | ZKZ 2716

Samstag/Sonntag, 21./22. November 2020

www.esslinger-zeitung.de | 1,90 €



► **Hintergrund**
Star-Friseur Udo Walz mit 76 Jahren gestorben

Seite 3

► **Blick in die Welt**
Studie: Eltern sind im Homeoffice produktiv

Seite 6

► **Wirtschaft**
Skibranche zittert vor Corona-Winter

Seite 11



► **Sport**
Matarazzos Rückkehr nach Hoffenheim

Seite 16

► **Kommentar**

Gebot der Vernunft

Bei der Rente braucht es einen Systemwechsel.

Von Thomas Krazeisen

Bei den zahlreichen Versuchen, das deutsche Rentensystem zu reformieren, sind bislang allenfalls Reförmchen herausgekommen, die vor allem eines dokumentieren: den Willen zum Erhalt des Status quo. Der jüngste Vorstoß des Fachausschusses für Soziales der CDU, künftig auch Beamte in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen zu lassen, mutet da fast schon wie eine Revolution an. Es handelt sich zwar nur um ein Diskussionspapier, doch dieses zielt präzise in die richtige Richtung, und allein schon das Signal, nach Jahren des Stillstands in einer zentralen gesellschaftspolitischen Frage Denkblockaden abzubauen, ist mutig und verdient Respekt.

An lieb gewonnenen Besitzständen zu rütteln, ist gewiss nicht populär. Umgekehrt wäre es verantwortungslos, eine dringend notwendige Reformdebatte nur deshalb nicht zu führen, weil sie wieder die üblichen Neidreflexe à la „Reiche Pensionäre, arme Rentner“ bedienen könnte. Denn es geht um nicht weniger als die überfällige Modernisierung eines schon jetzt überforderten Versorgungssystems, das teilweise wie ein feudalistisches Relikt anmutet.

Die Lasten für die Alterspensionen der Beamten machen in einzelnen Bundesländern schon heute einen nicht unerheblichen Teil der gesamten Wirtschaftsleistung aus, die für die Pensionen angelegten Fonds und Rücklagen decken bei weitem nicht die tatsächlichen finanziellen Verpflichtungen ab – mit der absehbaren Folge neuer Ausgabenzwänge einerseits und erheblicher Einschnitte bei wichtigen öffentlichen Investitionen andererseits. Statt ein faktisch bestehendes Zweiklassen-Alterssicherungssystem, das immer mehr flächensammelnde Minirentner produziert, zu konservieren, gilt es, alle Leistungsträger und künftigen Leistungsempfänger – also auch Beamte, Selbstständige und Volksvertreter – miteinzubeziehen. Das ist, zumal in rauen Nullzinszeiten, nicht nur eine Frage gesellschaftlicher Solidarität, sondern ein Gebot ökonomischer Vernunft.

Dass ein Systemwechsel grundsätzlich möglich ist, wenn der politische Wille vorhanden ist, zeigt – bei allen Unterschieden im Detail – das Beispiel Österreich. Dort liegt das Rentenniveau bis zu 40 Prozent über dem deutschen. Auch Deutschland als einer der wirtschaftsstärksten und reichsten Industriestaaten der Welt sollte sich eine verlässliche und den Lebensstandard haltende Altersversorgung leisten können.



Angebaggert

Vom Verwaltungssitz bis zur Blasmusikzentrale: In ganz Plochingen wird gebaut. / Seite 22

Foto: Roberto Bulgrin

Geld von Bürgern eintreiben

Verkehrsminister Hermann erwägt Zwangsabgabe für attraktiveren Nahverkehr.

Von Eberhard Wein

Im Gegenzug für günstigere oder kostenlose Angebote im Nahverkehr sollen Kommunen im Südwesten Geld von Bürgern eintreiben können – auch von denen, die Busse und Bahnen nicht nutzen. Das will Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) den Kreisen, Städten und Gemeinden per Gesetz erlauben. Ein Gutachten, welches er in Auftrag gegeben hatte, kommt zu dem Ergebnis, dass es mehrere zulässige Möglichkeiten dafür gibt. Sowohl eine Citymaut, die von Autofahrern kassiert wird, wie auch eine Umlage auf alle Einwohner oder wahlweise alle Fahrzeughalter sind demnach möglich und könnten die notwendigen Mittel einbringen. „Mehr Menschen sollen das Auto stehen lassen“, sagte Hermann anlässlich der Vorstellung des Gutachtens. „Wir brauchen eine Verdopplung der Nutzer-

zahlen bis zum Jahr 2030.“ Der Verkehrsminister kündigte an, im Falle eines grünen Wahlsiegs bei der Landtagswahl im März ein entsprechendes Gesetz vorzulegen. Es soll den Kommunen die Möglichkeit eröffnen, solche Modelle einzuführen. Bisher war er mit diesem Ansinnen am Koalitionspartner in der Landesregierung, der CDU, gescheitert. „Zwangsabgaben sind keine zukunftsfähige Lösung“, sagte die verkehrspolitische Sprecherin der CDU, Nicole Razavi, und erneuerte ihre Ablehnung. Jeder Steuerzahler finanziere bereits jetzt den Nahverkehr mit, selbst wenn er ihn nicht nutze. „Der notwendige Ausbau ist über direkte Zuschüsse und Förderprogramme zu stemmen und nicht über verdeckte Steuererhöhungen.“ Wesentlich aufgeschlossener reagierten Vertreter von Städten und Gemeinden. „Wir sind sehr interessiert“, sagte Wolfgang Forderer von der Landeshauptstadt

Stuttgart. Die Finanzierung der Verkehrswege müsse deutlich breiter verankert werden, führte der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) aus. Für die Landeshauptstadt Stuttgart, für Tübingen, Bad Säckingen sowie für die Metropolregion Mannheim/Heidelberg waren bei der Studie Modelle durchdacht worden. Stuttgart sollte darin 100 Millionen Euro für den Ausbau des Nahverkehrs bekommen. Dafür müsste jeder Bürger eine monatliche Abgabe von 20 Euro zahlen. Zahlten lediglich die Fahrzeughalter, steigt der Beitrag auf 30 Euro. Der Betrag würde als Guthaben für Fahrten zur Verfügung stehen. Dieses würde verfallen, wenn es nicht genutzt wird. Hintergrund der Pläne sind chronische Finanznöte beim ÖPNV. Für Planung, Organisation und Finanzierung des Stadt- und Regionalverkehrs sind laut Bundesverkehrsministerium in erster Linie die Länder und Kommunen zuständig.

Staatsdiener sollen zahlen

CDU will Beamte in Rentenversicherung einbeziehen.

Von Bernhard Walker

Beamte, die im Jahr 2030 jünger als 30 sind, sollen in die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) einbezogen werden. So steht es in einem Konzept des Fachausschusses für Soziales der CDU. Der Emmendinger CDU-Abgeordnete Peter Weiß sagt, dass es sich um eine „Arbeitsvorlage von Referenten“ handele, über die nicht abschließend beraten sei. Unter dem Titel „Wir wollen eine funktionierende Rente für alle“ weist das Konzept darauf hin, dass es etwa für Selbstständige und Politiker verschiedene, von der GRV unabhängige Alterssicherungssysteme gebe: „Die Rentensysteme jenseits der GRV werden von der Bevölkerung als Privilegien betrachtet, an denen sie nicht teilnehmen können.“ Deshalb sei es für die CDU „vorstellbar“, die Ren-

tenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung zu entwickeln. Lob für den Vorstoß kommt vom Tübinger SPD-Abgeordneten Martin Rosemann: „Wenn die CDU das jetzt auch will, können wir sofort darüber verhandeln“. Für den Linken-Bundestagsabgeordneten Matthias Birkwald ist der Vorschlag richtig, aber nicht ehrgeizig genug, weil 2030 als Startdatum vorgeschlagen wird. Kai Rosenberger, Chef des Beamtenbunds Baden-Württemberg, sagt, dass es möglich sei, neue Beamte in die Rentenversicherung einzu-beziehen. Im Grundgesetz sei aber festgehalten, dass der Dienstherr Beamten amtsangemessene Pensionen gewähren muss. Die Integration spare deshalb kein Geld, weil der Dienstherr für Beamte eine dann „adäquate Zusatzversorgung in Form einer betrieblichen Altersvorsorge“ aufbauen müsse.



Länder planen Verlängerung des Teil-Lockdowns

Berlin – Angesichts der hohen Infektionszahlen wollen die Bundesländer offenbar die bestehenden Corona-Einschränkungen bis zum 20. Dezember verlängern und teilweise verschärfen. Das berichtet die „Berliner Morgenpost“. Unter Berufung auf Koalitions-kreise des Stadtstaats heißt es dort, es zeichne sich zwischen den Ländern ein weitgehender Konsens ab. Gaststätten, Kultur- und Freizeiteinrichtungen dürften damit geschlossen bleiben. Ist das Infektionsgeschehen nach Weihnachten nicht im Griff, sollen zudem nach dem Willen der SPD-geführten Länder und einiger CDU-Länder die Winterferien bundesweit bis 10. Januar verlängert werden, berichtet das Magazin „Business Insider“. Zu weiteren Vorschlägen gehörten eine Ausweitung der Mund-Nasen-Bedeckung, neue Maßnahmen im Schulunterricht sowie eine Verschärfung der Kontaktbeschränkungen. Das Robert-Koch-Institut teilte am Freitag einen Rekord mit: Binnen eines Tages wurden 23 648 Neuinfektionen gemeldet. (AFP/dpa) ► Seite 12

► **Esslingen**

Karstadt-Entwurf auf der Zielgeraden



Foto: Roberto Bulgrin

Der Ausschuss für Technik und Umwelt wird am Montag aller Wahrscheinlichkeit nach den vorhabenbezogenen Bebauungsplan für das Karstadt-Areal zwischen Bahnhof-, Martinstraße und Ehnigasse auf den Weg bringen. Nach mehrfachem Nachbessern wollen SPD, Freie Wähler, CDU und FDP dem städtebaulich umstrittenen Entwurf zustimmen, der vor allem rund 160 neue Wohnungen bringen sollen. ► Seite 17

► **Ostfildern**

Konkurrenz für OB Bolay

Seit fast 16 Jahren ist Christof Bolay Oberbürgermeister in Ostfildern. 2013 hatte der SPD-Politiker bei seiner ersten Wiederwahl keinen Gegenkandidaten. Das wird sich bei der nächsten Wahl am 7. Februar 2021 ändern. Denn es gibt mittlerweile einen Mitbewerber. Stadtrat Robert Langer (FDP) hat angekündigt, dass er Bolay den Posten streitig machen möchte. ► Seite 20

► **Esslingen**

Joosten Ellée wird Podium-Leiter



Foto: Miki Nagahara

Wenn sich Steven Walter im kommenden Jahr als künstlerischer Leiter des Esslinger Podium Festivals nach Bonn verabschiedet, ist die Nachfolge längst geregelt: Nachdem der Kulturausschuss eine höhere Dauerförderung für das Festival beschlossen hat, konnte die Podium Musikstiftung ihre zuletzt ins Stocken geratenen Personalgespräche zum Abschluss bringen: Neuer Festival-Leiter wird der 27-jährige Bremer Musiker Joosten Ellée (Foto). ► Seite 26

► **Stuttgart**

VVS erhöht im April die Preise

Nach Kreistagen in der Region hat auch der Verkehrsausschuss der Regionalversammlung mehrheitlich die Tarifierhöhung im VVS zum 1. April um durchschnittlich 2,66 Prozent durchgewunken. Die Erhöhung wirkt sich unterschiedlich auf die einzelnen Fahrtscheine aus. Das Kurzstreckenticket, das im Vorjahr um zehn Cent erhöht wurde, bleibt im Preis stabil. ► Seite 7

► heute 5° -3°
► morgen 8° -2°
Heute gibt es nach Nebel viel Sonne bei durchziehenden Wolken. Morgen wird es wolzig, im Norden bleibt es bedeckt.

► Kinderleicht Seite 36 ► Börse Seite 10
► Fernsehen Seite 38 ► Wetter Seite 13

